

# Interessantes, über das wenig oder gar nicht in Deutschland berichtet wird... (KOPP Nachrichten)

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 13/17

## ► Unangenehme Frage für »Verelendungsstrategen«:

Der Schweizer Außenminister *Didier Burkhalter* spricht mit der EU über ein Rahmenabkommen. Es würde dazu führen, dass die Alpenrepublik in einigen Fällen EU-Recht übernimmt. In der Schweiz ist das heftig umstritten. Die *Basler Zeitung* wirft Burkhalter einen »EU-Coup« vor und trifft eine Feststellung, die wir in deutschen Leitmedien so gut wie nie hören: »*Warum ein gewählter Politiker eines souveränen, demokratischen Landes sich nichts Schöneres vorstellen kann, als dieses Land einer fremden, weitgehend undemokratischen Organisation auszuliefern und zu unterwerfen, bleibt sein Geheimnis.*«

## ► Terrorangriffe gehören NICHT zum Leben einer Großstadt:

Nach dem Terroranschlag in London hat der muslimische Bürgermeister *Sadiq Khan* erklärt, derartige Angriffe seien »*ein Teil des Lebens in einer Großstadt*«. Doch viele Menschen wollen sich nicht damit abfinden. »*Nur leere Worte*«, hält dem Bürgermeister die bekannte *Daily-Mail*-Kolumnistin *Katie Hopkins* entgegen. *Hopkins* attackiert in der Zeitung scharf, die Linken im Land seien »*verzweifelt mit ihrer multikulturellen Illusion verheiratet*« und wollten nicht eingestehen, dass Multikulti »*nicht funktioniert*«, sondern vielmehr ein »*großes, fettes Versagen und eine große, fette Lüge*« seien. Der wahre Kampf in Großbritannien finde zudem zwischen den »*Liberalen in London*« mit ihrer endlosen Toleranz gegen jene, »*die uns schaden*« und den Millionen, die sich mit der Realität konfrontiert sähen, statt. In dieser Situation würden diejenigen am stärksten bekämpft, die ihr Land am meisten lieben.

## ► Ist Hatespeech nur Hatespeech, wenn sie links-grüne Multikulti-Politik ins Visier nimmt?

Einem Nutzer auf Facebook fiel in der vergangenen Woche der hasserfüllte Tweet einer Teilnehmerin namens »*Laura*« auf, die forderte: »*Weiße Frauen sollten gejagt und getötet werden, dann gäbe es keine weißen Babys mehr, die denken, ihnen gehöre die Welt.*« Die rassistische Entgleisung wurde von einem anderen Teilnehmer an Facebook gemeldet. Die Antwort von Facebook kam spontan: »*Wir haben den gemeldeten Inhalt mit Blick auf Hassrede geprüft und finden, dass er nicht die Standards unserer Plattform verletzt.*« Dafür werden hierzulande Kritiker der Flüchtlingspolitik und Publizisten schon gesperrt, wenn sie unangenehme Frauen stellen oder Bücher herausbringen, die der Willkommensrepublik den Spiegel vorhalten.

## ► NGOs und Marine betreiben im Mittelmeer massive Schlepperei:

Die größten Fake News kommen noch immer von den Mainstream-Medien. Ein italienischer Blogger hat das jetzt mit einer GPS-Software für 400 Euro bewiesen.

*Luca Donadel* erwischte Italiens Marine und einige Nichtregierungsorganisationen dabei, wie sie massenhaft Afrikaner nach Europa schleusen. Die Software erlaubte es ihm, mithilfe des automatischen Identifikationssystems, das jedes Schiff mit sich führt, zu beweisen, dass Schiffe, die laut Medien Flüchtlinge im Kanal von Sizilien retteten, in Wahrheit stets bis kurz vor die libysche Küste fahren, wo sie von Schlepperbanden Migranten kurz nach deren Aufbruch mit Schlauchbooten aufnehmen. Eines der NGO-Schiffe, die »*Golfo Azzurro*«, fuhr laut den GPS-Aufzeichnungen 60 Tage lang kein einziges Mal durch den Kanal von Sizilien, obwohl sie laut Zeitungsberichten dort mehrere Male Flüchtlinge aufgenommen haben soll. *Donadel* liefert in seinem Video auf YouTube Dutzende von Beweisen für diese Falschnachrichten, die eine umfassende Schleppertätigkeit verbergen.

### ► **Abhörattacke gegen Trump:**

Wie die Prätorianergarde: *William Binney* hat 30 Jahre lang für den größten Auslandsgeheimdienst der USA, die *Nationale Sicherheitsbehörde (NSA)* gearbeitet. 2001 machte er mit Enthüllungen als Whistleblower über die Tätigkeit der *NSA* im Innern der USA Schlagzeilen. Am Freitag verriet er dem US-Talkshow-Moderator *Tucker Carlson*, dass die *NSA* alle Richter des obersten Gerichtshofes, die Kommandeure der US-Armee sowie das Repräsentantenhaus, den Senat und das Weiße Haus abhört. »*Sie hören praktisch das gesamte Glasfasernetz innerhalb der USA ab, sammeln sämtliche Daten und speichern sie in einem Programm namens >Stellar Wind<, sagte Binney. Und er fügte hinzu: »Sie sind wie die Prätorianergarde, sie entscheiden, was der Kaiser macht und wer der Kaiser ist ...«*

### ► **Umfangreicher Nachzug für Familien bei anerkannten Flüchtlingen:**

Sie machen keinen Hehl daraus: Vor der Bundestagswahl fordern die Grünen in ihrem Programmentwurf »*ein großzügiges Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge*«. Die Linken wollen eine »*solidarische Einwanderungsgesellschaft*«. Sollte es nach der Wahl im September zu Rot-Rot-Grün (RRG) im Bund kommen, steuern wir daher auf ein sozialistisches Umverteilungsland zu, denn anders kann man diese Ziele nicht erreichen. Die Kommunen, die vor Ort die ganzen Lasten tragen, opponieren gegen diese Pläne, weil ihre Kapazitäten und Finanzen strapaziert sind. Seit dem »*Asylpaket II*«, das die Große Koalition im März 2016 vereinbarte, haben Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutz keinen Anspruch mehr darauf, ihre Familie nach Deutschland zu holen. Der damalige SPD-Chef *Sigmar Gabriel* hatte das *Asylpaket II* als »*guten Kompromiss*« bezeichnet. Wenn es im Herbst zu RRG kommt, wird sich die SPD entscheiden müssen: weg mit dem »*guten Kompromiss*« oder Verzicht auf die Regierung.

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 14/17

### ► **Auf der Zielgeraden überholt die CDU Pegida:**

Mehrere führende CDU-Politiker fordern ein Islamgesetz. Es soll ins Wahlprogramm der Partei aufgenommen werden und die Rechte und Pflichten von Muslimen in

Deutschland regeln. Darin enthalten: Ein Verbot der Finanzierung aus dem Ausland sowie ein Register für Moscheen. Dieses soll Transparenz darüber herstellen, wo die einzelnen Moscheen sind, wer die Träger sind und wer sie finanziert, auch dass dort Deutsch gesprochen wird. Diese Forderungen, wenige Monate vor der Bundestagswahl prominent aufgestellt, gehen weit über das hinaus, was Pegida Anfang 2015 mit einem »6-Punkte-Plan« präsentiert hatte. Die Bürgerbewegung verlangte damals die Schaffung eines Zuwanderungsgesetzes, die Pflicht zur Integration, die Ausweisung oder ein Wiedereinreiseverbot für Islamisten sowie mehr Mittel für die innere Sicherheit. Die CDU versucht mit ihrem Vorstoß das, was der niederländische Premier Rutte vor der Wahl im März gemacht hat.

#### ► Italien vor dem großen Crash:

Je schlimmer die Situation in Italiens Banken, desto ruhiger die Lage, könnte man meinen. Doch das täuscht, wie die *Zeitung Il Sole* jetzt mit Zahlen der *Investmentbank Mediobanca* vorgerechnet hat. Demnach haben 114 der etwa 500 Banken in Italien eine »Texas-Rate« von mehr als 100 Prozent. Das heißt, sie haben nicht mehr genügend Geld, um ihre Verbindlichkeiten zu decken. Die Situation eskaliert derzeit, weil aus jenen Banken, bei denen eine staatliche Rettung nicht sicher ist, vorsichtshalber Geld abgezogen wird. Doch der große Rettungsring, der Italiens Steuerzahler — und die Deutschen mit — teuer zu stehen kommen wird, wird noch nicht ausgeworfen, bis die drohenden Neuwahlen stattgefunden haben. Bis dahin wächst das nicht zu verhindernde Debakel einfach weiter an.

#### ► Dank Angela Merket wohnen die Taliban jetzt auch im Ostallgäu:

Sie können es schwarz auf weiß nachlesen, auf der Webseite des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof. Die Bundesanwaltschaft erwirkte am 24. März beim Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs Haftbefehl gegen den 30-jährigen *Afghanen Abdullah P.* Ein Zitat aus der Meldung: »*Der Beschuldigte wurde am 23. März 2017 im Ostallgäu festgenommen. Er ist dringend verdächtig, als Mitglied terroristischen Vereinigung >Taliban< gemeinsam mit weiteren >Taliban<- Mitgliedern bei einem Angriff auf einen Militärkonvoi mindestens 16 Menschen ermordet ... zu haben.*«

#### ► Die bösen russischen Kriegstreiber:

Jetzt wissen wir auch, warum Wladimir Putin im Westen von transatlantisch gesinnten Politikern und Medien hartnäckig so verteufelt, der Aggression, der Propaganda und der ständigen Einmischung bezichtigt wird. Ex-US-Vizepräsident *Richard Cheney* hat die — bis heute nur behauptete, aber nicht bewiesene — Manipulation der US-Präsidentenwahl durch Russland vor wenigen Tagen als möglichen »Kriegsakt« bezeichnet. Das hat *Cheney* ganz bewusst in Asien beim »Global Business Summit« der indischen Zeitung *Economic Times* in Neu-Delhi gesagt, sozusagen im Hinterhof der Chinesen und auf dem indischen Subkontinent, der sich im Rahmen der »Neuen Seidenstraße« immer enger wirtschaftlich und politisch mit

China, dem Iran und Russland verzahnt. Das ist jener Teil der eurasischen Landmasse, die vom Pazifik bis zum Atlantik reicht und die die USA mit Europa als Brückenkopf kontrollieren wollen.

► **SPD will vor der Wahl plötzlich salafistische Hassprediger ausweisen:**

Fünf Monate vor der Bundestagswahl entdeckt die SPD die Gefahr, die von radikalen Moslems ausgeht. Der SPD-Innenexperte *Burkhard Lischka* fordert, salafistische Hassprediger konsequent auszuweisen und deren Hinterhof-Moscheen zu schließen. Wer zu religiöser Gewalt aufrufe, habe in Deutschland nichts verloren. Diesen Aufruf aus den Reihen der SPD kann man wenige Wochen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, deren SPD-Innenminister Ralf Jäger als der wohl größte Versager im Kampf gegen den radikalisierten Islam gilt, entweder als zynisches Ablenkungsmanöver verstehen oder als ein viel zu spätes Eingeständnis. In beiden Fällen wird deutlich, dass man getrost auch die SPD als Gefahr sehen darf.

► **Ehrlich sitzt am längsten:**

Weil er zu ehrlich war, wurde der ehemalige Chefstatistiker Griechenlands jetzt zu zwölf Monaten Haft verdonnert. Der Mann muss sich weiterer Verfahren erwehren, weil er 2009 die »nicht korrekten« Bücher seiner Behörde als »betrügerisch« bezeichnet hatte. Ob seine Anschuldigungen zutreffend waren, wurde gar nicht erst geprüft. Die Richter befanden aber, dass seine Äußerung in der Öffentlichkeit nichts zu suchen hatte und »ehrabschneidend« gewesen sei. Wie hat doch *Innenminister de Maizee* hierzulande so schön gesagt? Ein Teil der Antworten könnte die Bevölkerung verunsichern.

► **Italien will Überprüfung der Migrantenflotte im Mittelmeer:**

Führende italienische Politiker fordern eine Beobachtung jener von NGOs gesteuerten Flotte von Schiffen, die laut einem Frontex-Bericht im Dauerbetrieb Flüchtlinge nahe der nordafrikanischen Küste aufnimmt und sich damit zu Komplizen der Schmuggler-Mafia macht. Damit wird nicht nur ein für Migranten und Schlepper zuverlässiger Shuttle-Service zwischen Afrika und der EU aufrechterhalten, sondern auch der Tod vieler Migranten in Kauf genommen.

*Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 15/17*

► **Tschechen sagen dem Euro ade:**

Die Tschechen haben den jüngsten Beweis dafür geliefert, dass die EU und der Euro ein Auslaufmodell sind. Die tschechische Nationalbank gab jetzt die Koppelung der lokalen Krone an den Euro auf. Drei Jahre lang war der Mindestkurs der Krone auf 27 für jeweils einen Euro festgelegt. Das sollte die Preise der Ausfuhren bremsen und die Inflation eindämmen. Spekulanten hatten zuvor 65 Milliarden Dollar auf eine Aufwertung der Krone gewettet. Das Kartenhaus EU fällt damit weiter zusammen, das

Grande Finale nähert sich für die deutschen Steuerzahler und Sparer, die von allen in Europa am meisten zu verlieren haben.

► **Europa nach der Machtübernahme des Islam:**

Nicht ob und wann, sondern wie, lautet die zentrale Frage im jordanischen TV-Sender *IoSat*. Dort wurde vor wenigen Tagen eine Sendung ausgestrahlt, in der es darum ging, wie Europa aussehen wird, nachdem es islamisch geworden ist. Christen, die dann nicht konvertieren wollen, werden mit Strafsteuern belegt, Homosexuelle werden unterdrückt.

► **Europas Rathäuser leiden unter amerikanischem Software-Diktat:**

Die Behörden in Deutschland und dem Rest Europas hängen so sehr am Tropf von *Microsoft*, dass Experten Alarm schlagen. Sie fürchten, dass die Regierungen in der EU die Kontrolle über ihre eigene IT-Infrastruktur verlieren. Was das vor dem Hintergrund des NSA-Skandals bedeutet, kann man sich lebhaft ausmalen. Es wird im großen Stil bis in die Rathäuser abgehört. Ändern können Bürgermeister, Landräte und Minister da ran wenig, denn die Abhängigkeit von der Microsoft-Plattform geht offenbar so weit, dass viele Behörden gar keine Wahl mehr haben, welche Softwareprogramme sie sich zulegen. Der Blogger *Hadmut Danisch* hat bereits vor zwei Jahrzehnten solche Warnungen ausgesprochen, unter anderem in seiner Dissertation. Der Bundestag ließ 1998 die Kritik von *Danisch* an Microsoft in dessen Gutachten streichen.

► **Die EU fördert ihren eigenen Spaltpilz:**

Wer nicht mitmacht, hat Pech gehabt. Oder: Bist Du nicht willig, dann bleib halt zu: Haus. Das scheint das Motto einer immer tiefer gespaltenen EU zu sein. Neuerdings sieht man das auch an der »*Europäischen Staatsanwaltschaft*«, die jetzt von 16 Mitgliedern beantragt wurde, darunter auch von Deutschland. Schon vor sechs Jahren hatte die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag für die gemeinsame Staatsanwaltschaft präsentiert. Ein zäher Streit über die Kompetenzen führte zunächst zum Scheitern des Vorhabens. Jetzt versucht man es also im kleinen Kreis. Ein weiteres Omen für das Scheitern der EU.

► **Ehemaliger US-Finanzminister bezeichnet Merkel als die »Hure Washingtons«:**

Auf der Webseite des *Instituts für Politische Ökonomie* zieht *Paul Craig Roberts* schwer vom Leder: »*Wer hätte sich vorgestellt, dass die einst große deutsche Nation von Washington regiert würde? Es ist außergewöhnlich, aber das ist es, was passiert. Merkel, die Hure von Washington, hat sich bereit erklärt, Deutschland mit den Flüchtlingen aus Washingtons 16 Jahren illegalen Kriegen gegen Muslime in Nordafrika und*

*dem Nahen Osten zu füllen ... Diejenigen, die sich beschweren, sind definiert als Verbreiter von gefälschten Nachrichten. Es ist unmöglich, sich Washington mehr zu unterwerfen als die völlig korrupte und antideutsche Merkel-Regierung.«*

► **Kontrolliert das Große Geld den Kampf gegen »Fake News?«**

*George Soros* hat es erneut getan. Das *Recherchenetzwerk Correctiv*, das im Januar von Facebook den Auftrag erhielt, »Falschnachrichten« auf den Seiten der Plattform aufzuspüren und zu bekämpfen, erhält von einer *George-Soros-Stiftung* erneut Geld. Dem Branchendienst *turi2* hat nach eigenen Angaben *Correctiv-Geschäftsführer David Schraven* bestätigt, weitere 100.000 Euro bekommen zu haben. Schon der Geschäftsbericht für 2016 wies 26.884 Euro Zuwendungen der *Soros-Stiftung Open Society Foundation* aus. *Soros* hat bekanntlich seine ganz eigene Agenda, die er damit weiter forcieren dürfte. Er sorgt in Europa für größtmögliche Unruhe und Destabilisierung und gerät für seine Aktivität von Russland über Ungarn bis in die USA zunehmend ins Kreuzfeuer. Auch der Ebay-Gründer und Multimilliardär *Pierre Omidyar* machte kürzlich Schlagzeilen; als er insgesamt 100 Millionen Dollar gegen *Fake News* im Internet spendierte.

► **Kandidat *Macron* ein Rothschild-Banker:**

*Emmanuel Macron* will ein unabhängiger Politiker sein. Der frühere sozialistische Wirtschaftsminister hat derzeit die besten Chancen, die Wahl in Frankreich am 23. April und 7. Mai zu gewinnen. Die Leitmedien schreiben ihn seit Wochen hoch. *Macron* ist wirtschaftsfreundlich und ein EU-Soldat, der eine tiefere Kooperation und Integration verlangt. Der Elite kommt er gerade recht. *Macron* war, nachdem er an der Kaderschmiede *Ecote Nationale d'Administration* studiert hatte, ein *Rothschild-Banker*.

► **Ärzte verhindern weiterhin viele Abschiebungen:**

Der CDU-Landrat *Sven-Georg Adenauer* in Gütersloh berichtet, dass bis zu 20 Prozent der ärztlichen Atteste, die die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber verhindern, falsch sind. Der Gesundheitszustand werde so oft schlecht dargestellt, dass die mutmaßlichen Gefälligkeits-Gutachten überprüft werden. In jedem fünften Fall komme ein anderes Ergebnis heraus.

*Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 16/17*

► **Breite Front gegen das Maulkorbgesetz von Heiko Maas:**

Der Name des Gesetzes, das am 5. April vom Bundeskabinett verabschiedet wurde, ist lang wie ein Bandwurm: Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Es soll dafür sorgen, dass Betreiber ihre Plattformen von strafbaren und anderweitig rechtswidrigen Äußerungen freihalten. Jetzt organisiert sich ein breites Bündnis dagegen. Mehrere Organisationen von den Wirtschaftsverbänden über den IT-Mittelstand bis hin zum Deutschen Journalisten-Verband haben eine gemeinsame »*Deklaration für die Meinungsfreiheit*« unterzeichnet und warnen vor einer Aushöhlung derselben.



► **Weltkriegs-Angstpegel schlägt heftig aus:**

Wer auf Google Trends das Suchwort »*Weltkrieg III*« eingibt, sieht für die vergangenen Tage einen kräftigen Ausschlag, wie es ihn seit vielen Jahren nicht gab. Die Eskalation der Spannungen rund um Syrien und Nordkorea beschäftigt und verängstigt die Menschen rund um den Globus. Der Pegel, der jetzt mit log auf der Skala angegeben wird, erreichte beim bislang höchsten Ausschlag Mitte November 2015 lediglich 79.

► **Woran erkennt man, ob man in einer No-Go-Zone wohnt?:**

Sicher nicht an den Beteuerungen von Politikern, die die Existenz von gesetzlosen Stadtvierteln hierzulande bis heute bestreiten. Doch ein sicheres Zeichen ist es, wenn Paketzusteller sich weigern, weiter die gewünschte Fracht auszuliefern. Das hat jetzt Schwedens staatliche Post im Falle des Stockholmer Vororts *Rinkeby* angekündigt. In *Rinkeby* kommt es immer wieder zu Gewalttaten durch Migranten, die Polizei wird kaum noch Herr der Lage. Um seine Mitarbeiter gegen Übergriffe zu schützen, hatte im November auch der Zusteller DHL nach Übergriffen auf Paketboten in Wedding eine Einschränkung von Expresssendungen angekündigt.

► **Wie viele Arbeitsplätze nehmen uns die Roboter weg?**

Diese Frage beantwortet ein Video, das derzeit in Asien Furore macht und sowohl von der *China Daily* als auch von der *South China Morning Post* in Hong Kong ausführlich gezeigt und beschrieben wurde. Hunderte von kleinen Robotern, jeder nicht größer als ein Sofakissen, sausen durch eine riesige Halle, vorbei an vielen quadratischen Löchern im Boden. Die wenigen menschlichen Arbeitskräfte legen auf ihnen Pakete zum Versand ab. Die Roboter lesen den Code und werfen die Pakete dann durch die Löcher im Boden in die richtigen Versandkanäle. Sie laden sich selbst auf und sind rund um die Uhr im Einsatz. Der Versand wurde in der gezeigten Firma auf 200.000 Päckchen am Tag gesteigert.

► **Schluss mit Mainstream-Fake-News:**

Der Chef des Red-Bull-Konzerns, der Österreicher *Dietrich Mateschitz*, hat die Faxen dick: »*Es beleidigt meine Intelligenz, wenn man uns für manipulierbar und blöd verkaufen will*«, sagte er der *Kleinen Zeitung* jetzt in einem Interview und kündigte an, nach dem Fernsehsender *Servus TV* auch eine eigene Nachrichtenseite aufzubauen. Was den Milliardär ärgert, liegt auf der Hand. Es sind die vielen Falschnachrichten, Auslassungen und Verdrehungen in den Leitmedien, die eine ganz andere »Realität« schildern, als jene, die die meisten von uns täglich erleben. Zuletzt aufgefallen ist in diesem Zusammenhang eine neue »Umfrage« von Forsa, geführt von dem Sozialdemokraten *Manfred Güllner*, der im Auftrag des *Stern* herausgefunden haben will, dass es 71 Prozent der Bundesbürger begrüßen, wenn die AfD nicht in den Bundestag käme.

### ► **Deutschland, der Wegelagerer des Mittelstands:**

Hart arbeiten und rekordhohe Steuern zahlen. Jetzt haben wir es schriftlich — die OECD hat vorgerechnet, dass kein Land außer Belgien seinen Bürgern mehr vom Bruttolohn abknöpft als Deutschland. Die Zeitungen sind voll von dieser Meldung, seit sie in der Woche vor Ostern kam. Doch das ist leider wieder nur die halbe Wahrheit. Die ganze sieht viel schlimmer aus. Denn für die rekordverdächtig vielen Steuern bekommen wir immer weniger Staat: Die öffentliche Sicherheit hat stark nachgelassen, das Bildungssystem geht auf dem Zahnfleisch, das Rentensystem wackelt, die Infrastruktur ist in einem miserablen Zustand. Auch das Recht wird zunehmend ausgehöhlt, von der Missachtung des Grundgesetzes durch die Bundesregierung über den staatlich attackierten Eigentumsschutz bis hin zur Meinungsfreiheit.

### ► **EU-Zerfall auf der Zielgeraden:**

Italiens Regierung plant offenbar einen größeren Verkauf von Tafelsilber an den staatlichen Ausleiher *Cassa Depositi e Prestiti*, um die enorme öffentliche Schuldenlast zu reduzieren. Italien weist als Prozentsatz der gesamtwirtschaftlichen Leistung die höchste Schuldenlast in der Euro-Zone nach Griechenland auf, derzeit 133 Prozent. Bei früheren Versuchen kamen die Politiker mit solchen Veräußerungen kaum voran, vor allem weil zu umfangreiche Verkäufe die Öffentlichkeit beunruhigen und die Aussichten für die nächste Wahl verdüstern würden. Doch während sie zögern, läuft ihnen die Zeit davon. Jetzt versucht man es wohl mit einem Trick: Der Kreditgeber, an den man das Tafelsilber verkauft, würde dafür Vorzugsaktien ausgeben, die man an Großinvestoren weiterverkaufen könnte. Im Gespräch ist ein Volumen von 20 Milliarden Euro. Die Firmen, die die Schuld am Ende abkaufen würden, sind namentlich bisher nicht bekannt. Nach einer vertrauensbildenden Maßnahme sieht das nicht aus. Dafür nach wachsender Verzweiflung.

*Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 17/17*

### ► **Die Beichte des BDI-Präsidenten:**

Nur 19 Monate nachdem Daimler-Chef *Dieter Zetsche* Kriegsflüchtlinge und Wirtschaftsmigranten als beruflich so geeignet befand, dass sie das nächste Wirtschaftswunder auslösen könnten, kommt der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), *Dieter Kempf*, zu einem eher deprimierenden, aber dafür realistischeren Befund: »*Die Wirtschaft ist grundsätzlich aufnahmebereit. Aber es ist mühsamer, als manche denken*«, sagte *Kempf* vor wenigen Tagen mit Blick auf die Integration von Flüchtlingen in den hiesigen Arbeitsmarkt.

### ► **Plötzlich registrieren Mainstream-Medien Flüchtlingskriminalität:**

Ist es ehrliche Bekehrung? Oder nur eine Finte vor der Bundestagswahl? Oder gar die Angst vor der »*Fake-News*«-Verfolgung und Online-Zensur, die sie selbst herbeigerufen haben? Deutsche Leitmedien wie die *Zeit* oder die *Welt* berichten plötzlich über steigende Kriminalität unter Migranten. Was lange als Fremdenhass rechter



»Populisten« verschrien wurde, ist nun in der *Zeit* zu lesen: »Die Gewaltkriminalität steigt — und dafür sind vor allem Zuwanderer verantwortlich. In Bayern stellten sie ein Fünftel aller Gewalttäter, in Niedersachsen etwa jeden zehnten.« Und in der *Welt* findet sich eine Schlagzeile wie diese: »Zahl der tatverdächtigen Zuwanderer steigt um 52,7 Prozent«.

Was steckt hinter dieser Wende? Im günstigsten Fall sind die sogenannten Qualitätsmedien unter dem Druck anhaltender Massenflucht des enttäuschten Publikums zu der Einsicht gelangt, dass sie mehr Realität berichten müssen als Regierungspropaganda. Im schlimmsten Fall sind sie so sehr mit der politischen Kaste verbrüdet, dass sie gehorsam wie ein Schoßhund vor der Wahl im September zum Schein stärker die Lebenswirklichkeit »ihres« Publikums abbilden. Die richtige Antwort ist jedem selbst überlassen — auch am Wahltag.

### ► **Linken-Bonus für schlimmen Vergleich des Papstes:**

Der Papst hat Flüchtlingslager mit Konzentrationslagern verglichen und damit in den *Mainstream-Medien* in Deutschland kaum Kritik auf sich gezogen. Die *FAZ* beispielsweise findet den Vergleich lediglich »streitbar«. Jene, die sonst besonders kategorisch darauf bestehen, dass die Nazi-Gräueltaten in ihrer Bösartigkeit einmalig gewesen und damit nicht vergleichbar seien, lassen dem »Liebling des linken europäischen Mainstreams« (*Neue Zürcher Zeitung*) dies einfach so durchgehen, wenn sie überhaupt darüber berichten. Das zeigt einmal mehr, dass es in der von politischer Korrektheit gegängelten Republik mehr darauf ankommt, WER etwas sagt, und weniger, WAS und WIE man es sagt.

### ► **Frankreich oder Italien, wer ist die größere EU-Zeitbombe?**

Die *US-Ratingagentur Fitch* hat die Kreditwürdigkeit von Italien am Freitag herabgestuft. Keine große Sache, könnte man meinen, schon gar keine überraschende. Doch die Aufzählung der Probleme in dem südeuropäischen EU-Land ist das Brenzlige und Brisante: schwaches Wachstum, schlechte Ausgabenkontrolle, erhöhtes politisches Risiko durch eine drohende Neuwahl und ein maroder Bankensektor, der bald auseinanderfliegen dürfte. Man fragt sich, ob Frankreich wirklich das Land ist - wie deutsche Leitmedien vor der Präsidentenwahl behaupteten -, das die EU zerreißen wird.

### ► **Spiegel zur AfD — Beliebigkeit und Polemik:**

Wie alle Leitmedien in Deutschland beschreibt der *Spiegel* die *AfD*, solange man sich erinnern kann, gerne als extreme Rechtsaußen-Partei. Im August 2016 brachte das Magazin einen Artikel, in dem es beschrieb, wie sich »AfD und NPD am rechten Rand duellieren«. Das Fazit in dem Bericht: »Wahlplakate der rechtspopulistischen AfD und der rechtsextremen NPD unterscheiden sich teils nur noch durch Namen und Farben — blau für AfD und rot-weiß für NPD«. Am vergangenen Wochenende, zum Ende des Parteitags der AfD in Köln, klang das plötzlich ganz anders, obwohl genauso polemisch wie eh und je gemeint. Jetzt berichtet der *Spiegel*, wie die AfD mit ihrem

frisch beschlossenen Programm zur Bundestagswahl »*die CSU rechts überholen will*«. Doch wer die CSU rechts überholen will, muss links von ihr gestartet sein. Fazit: Mit der Verortung im politischen Spektrum wird es bei dem Blatt nicht genau genommen, Hauptsache, man kann der Oppositionspartei mit flotten Formulierungen wieder eins reinwürgen — und der CSU gleich dazu.

► **Teures EU-Briefing für den Mann, der Europa destabilisiert:**

Man fasst sich nur noch an den Kopf. An diesem Donnerstag empfängt EU-Kommissionschef *Jean-Claude Juncker* den US-Milliardär *George Soros*, der so gut wie jedes Mal im Hintergrund wirkt, wenn Ereignisse oder Kampagnen in Europa für Unruhe sorgen und dafür Geld von außen fließt. *Juncker* will mit dem milliarden-schweren Strippenzieher über »*alle aktuellen politischen und rechtlichen Entwicklungen in Ungarn diskutieren*«. Natürlich geht es dabei auch um die Universität von *George Soros*, die Ungarns Regierung schließen will. Auch die Vizepräsidenten *Frans Timmermans*, *Jyrki Katainen* und EU-Justizkommissarin *Vera Jourova* wollen mit *Soros* reden. Ungewählte Apparatschiks in Brüssel, die von Steuerzahlern der EU gegen den Willen vieler Bürger ausgehalten werden, briefen einen Mann, zu dessen Lebenswerk es gehört, die neue Weltordnung zu forcieren und im Verlauf in Europa so viel Unruhe und Schaden wie möglich anzurichten. Gibt es bessere Beispiele, die belegen, warum die EU so unbeliebt ist?